

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Fraktion der FDP

Hannover, den 13.11.2013

Schaffung einer ganzheitlich gut abgestimmten Ferienregelung

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

- I. Der Landtag stellt fest, dass bei einer Neuregelung der Sommerferientermine die pädagogischen und schulorganisatorischen Aspekte mit den familienpolitischen und wirtschaftspolitischen Aspekten besser als bei der derzeitigen Regelung in Einklang gebracht werden müssen.
- II. Die Landesregierung wird gebeten, sich in der Kultusministerkonferenz für eine Entzerrung der Sommerferientermine ab dem Jahr 2017 einzusetzen.

Eckpunkte einer verbesserten Sommerferienregelung sollen sein:

1. Bei der Neuregelung der Sommerferienregelung soll unter Beachtung pädagogischer und schulorganisatorischer Gesichtspunkte vermieden werden, dass sich die touristische Nachfrage in den niedersächsischen Fremdenverkehrsgebieten allein auf die Monate Juli und August konzentriert.
2. Ziel ist es, den möglichen Korridor von 90 Tagen über das rollierende System der Bundesländer optimal auszunutzen. Dabei soll die Dauer der einzelnen Schuljahre möglichst wenig schwanken. Eine Schwankung sollte nicht mehr als zwei Wochen betragen.
3. Für die Vor- und Nachbereitung von Abschluss- und Vergleichsarbeiten muss ausreichender zeitlicher Spielraum vorhanden sein, um den zeitlichen Druck für Schülerinnen und Schüler wie auch für die Beschäftigten zu mindern.
4. Im Dialog mit den betroffenen Verbänden muss eine mögliche Neuordnung der Oster- und/oder Herbst- und Winterferien geprüft werden. Durch eine Verkürzung der Oster- und/oder Herbstferien könnte eine Verlängerung der Winterferien auf bis zu eine Woche ermöglicht werden.
5. Das rollierende System soll spätestens bei der Planung von Ferienzeiten ab 2024 auch die Länder Bayern und Baden Württemberg einbeziehen.

Begründung

Die im Mai 2008 von der Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossene Neuregelung der Sommerferienordnung für die Jahre 2011 bis 2017 hat zu einer Konzentration der touristischen Nachfrage auf die Monate Juli und August geführt. Wünschenswert wäre eine optimale Ausnutzung des Gesamtferienzeitraumes von 90 Tagen und dadurch eine gleichmäßigere Auslastung der Ferienregionen sowie von Straßen, Zügen und Fähren.

Vorrang bei der Gestaltung der Ferienzeiten müssen pädagogische Gesichtspunkte haben. Sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrerinnen und Lehrer und die Beschäftigten in den Schulen muss zukünftig gewährleistet sein, dass Prüfungsvorbereitungen und die Umsetzung von umfangreichen Unterrichtseinheiten nicht durch zum Teil zu kurze Halbjahre gefährdet werden. Nach der besonders arbeits- und stressreichen Phase im Januar wäre die Ausweitung der Zeugnisferien auf eine volle Woche Winterferien eine sinnvolle Erholungsphase.

Eine ganzheitliche Neuregelung unter Einbeziehung dieser Überlegungen wäre wünschenswert, um allen Akteuren sinnvolle Arbeits- und Erholungsphasen zu gewährleisten.

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Schremmer
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer